

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Tagespreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10.— M., im übrigen 12.— M. Im Voraus nehmen (Staatliche Buchhandlung Vertriebsstellen entgegen). Unter Geschäftsbedingungen für Deutschland und Österreich 12.— M., für das übrige Ausland 24,50 M. (postfrei). Ausland: Russische, per Brief für Deutschland und Österreich 26.— Mark. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E 2, Breite Straße 5-2.

Die achtspaltige Kompositionelle über deren Raum kostet 5.— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Klein-Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M., einschließlich Teuerungszuschlag. Klein-Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M., einschließlich Teuerungszuschlag. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die neuen Vorschläge in Amerika eingetroffen

In der Schwebel

Die Note an die Vereinigten Staaten, die die neuen Vorschläge der deutschen Regierung enthält, ist Sonntag nachmittags abgehandelt worden und in der Nacht in Washington angekommen. Es wird mitgeteilt, daß das Reichskabinett bei der Festsetzung des Textes vollständig einmütig gewesen ist. Der Wortlaut der Note soll erst bekanntgegeben werden, wenn Amerika die Veröffentlichung wünscht, denn es wird mit der Möglichkeit gerechnet, daß die amerikanische Regierung noch einige Rückfragen zu stellen hat.

Sowie ist jedenfalls aus dem Inhalt der Note schon bekannt geworden, daß diesmal von der Festsetzung einer festen Gesamtsumme für die Wiedergutmachung abgesehen wurde; die deutschen Vorschläge sollen nur eine vorläufige Lösung des Reparationsproblems bringen, da sich die Entwicklung der deutschen Wirtschaft für mehrere Jahrzehnte nicht voraussehen lasse und deshalb nur eine Regelung für einige Jahre möglich sei. Es sollen Annuitäten festgesetzt werden, die der jeweiligen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands entsprechen und die auf einem bestimmten Index ausgebaut werden.

In der finanziellen Wirkung sollen diese Vorschläge weit über die hinausgehen, die von der deutschen Delegation in London vorgesehen worden waren. Sie sollen sich den Forderungen der Alliierten beträchtlich nähern. Einzelne Meldungen wollen wissen, daß schon eine gewisse Entspannung eingetreten sei, das kann sich aber nur auf den von Deutschland angebotenen Wiedergutmachungsplan beziehen, der in der französischen Presse ziemlich günstig aufgenommen worden ist, wenn er auch in Einzelheiten noch kritisiert wird. Briand hat in Sythe erklärt, daß der Plan nur eine Abschlagszahlung darstelle, aber eine solche, die annehmbar wäre, wenn für die internationale Wiederaufbaugesellschaft eine französische Leitung gewährleistet werde, und wenn ferner mit Rücksicht auf die Gefühle der beschädigten französischen Bevölkerung, die Arbeiten nicht von deutschen Arbeitern ausgeführt werden, sondern wenn sich Deutschland nur auf die Materiallieferungen beschränke.

Ob in der heutigen Reichstagsitzung die Regierung durch ihren Außenminister die Note behandeln lassen wird, erscheint noch zweifelhaft, so lange ihre Veröffentlichung noch nicht erfolgt ist. Zunächst werden auf jeden Fall die beiden Interpellationen zu dieser Frage behandelt werden, die der Unabhängigen Sozialdemokratie wird von Genossen Dittmann und die der Deutschen Nationalen von Hörsch begründet werden.

Die Note in Washington eingetroffen

Eine Kabeldepesche der Pariser Ausgabe des New Yorker Herald meldet, daß die neuen deutschen Vorschläge in Washington eingetroffen sind. Ueber ihren Inhalt wurde noch nichts mitgeteilt. Präsident Harding und Staatssekretär Hughes haben Sonnabend abend über die Note nur mit dem Senator Lodge konferiert. Den alliierten Vorschlägen wird keine Mitteilung gemacht, solange Deutschland keine Antwort erteilt wurde. Am Dienstag wird wohl die amerikanische Regierung entscheiden, ob die deutschen Vorschläge geeignet sind, den Alliierten übermitteln zu werden. Die äußerste Grenze bis zu der die amerikanische Regierung bereit ist, besteht in der Uebereinstimmung der Vorschläge und in einer Empfehlung, sie aufmerksam zu prüfen.

Noch eine letzte Verständigungsmöglichkeit

Von den Stimmen der englischen Presse über die Konferenz der beiden Premierminister ist besonders bemerkenswert die Meinung des „Observer“. Der Korrespondent des Blattes glaubt sagen zu können, daß Briand bisher die Frage einer unbedingten Okkupation noch offen ließ, woraus er schließt, daß der Vorschlag von Sandoz durchgedrungen sei, der ein neues System zwangsweiser Eintreibung der Reparationsschuld, insbesondere die Exportkontrolle und eine Kohlenabgabe durch die Drohung mit der Okkupation des Ruhrgebietes durchsetzen wollte, während der andere Vorschlag der unbedingten Okkupation fallen gelassen sei. Jedenfalls trete immer mehr die Auffassung hervor, daß das Ergebnis der Aussprache nicht eine bedingungslose Okkupation des Ruhrgebietes sein werde, wenn unzulänglich den Pariser Drohpositionen gegenüber gleichwertige deutsche Vorschläge erfolgen. In diesem Falle unterbliebe außer der Okkupation auch das neue Pariser System von Zwangsmahnahmen, das Briand Lloyd George vorlegte, indem er dabei voraussetzte, daß eine freiwillige Ausführung der Reparation von Deutschland nicht zu erreichen sei. Lloyd George halte den bösen Willen Deutschlands nicht für endgültig erwiesen. Traglich bleibe jedoch, ob das in letzter Minute vorgelegte deutsche Angebot des Wiederaufbaues für eine Vereinigung der Atmosphäre ausreicht.

Die politischen Kreise, die die letzte Hoffnung auf die deutschen Vorschläge setzen, verfolgen die Berliner Krise mit Spannung. Es herrscht angesichts der bisherigen Berichte die Auffassung vor, ein Rücktritt Dr. Simons würde einen Erfolg der nationalsozi-

alen Rechte bedeuten und deshalb eine verheerende Wirkung ausüben. Für das Urteil Londons ist aber allein entscheidend, ob die deutsche Regierung, deren Mangel an Initiative beklagt wird, als Ergebnis der Krise zu raschen durchgreifenden Vorschlägen kommt. Ein Zeitverlust würde die tatsächlich vorhandene Chance einer gütlichen Regelung mit den Alliierten zerstören. Allerdings wäre jeglicher Vorschlag zwecklos, der nicht der politischen Lage angepaßt sei. Das bisherige Schwanken sei nur unheilvoll; nach Ablauf einiger Jahre werde die politische Lage anders aussehen, und danach müsse Deutschland handeln. Der Grundsatz Dr. Simons, das Unmögliche nicht zugesagt werden könne, wird englischerseits schon deshalb theoretisch genannt, weil alle Zukunft noch unklar sei, und daß die Regierung selbst das, was sie anbiete, nicht sicher garantieren könne.

Der Empfang der Vertreter der Regierungsparteien

Nach einer U.-Meldung empfing das Kabinett Sonntag abend die Führer der Regierungsparteien, da diese das Kabinett hatten wissen lassen, daß sie der Regierung die Verantwortung für die neuen Gegenvorschläge allein überlassen müßten, wenn die Regierung nicht Veranlassung nähme, die hinter ihr stehenden Parteien rechtzeitig zu unterrichten. Das Kabinett hatte die Vorsitzenden des Zentrums, der Volkspartei, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei zu sich geladen. Die Besprechung dauerte zwei Stunden.

Ein englisches Memorandum gegen neue Zwangsmahnahmen

London, 24. April.

„Observer“ meldet, daß Lloyd George ein von Asquith, Lord Robert Cecil und Barnes unterzeichnetes Memorandum überreicht worden ist, in dem er aufgefordert wird, seinen Einfluß nicht in der Richtung der Anwendung neuer Zwangsmahnahmen gegen Deutschland geltend zu machen.

Die Konferenz von Sythe

Ueber die Zusammenkunft von Lloyd George und Briand in Sythe sind eine Anzahl amtlicher Mitteilungen und privater Nachrichten herausgegeben worden. Danach haben sich die beiden Premierminister am Sonnabend früh erst miteinander „unterhalten“, die formelle Besprechung begann um 11 Uhr. Die Minister prüften die Berichte der Sachverständigen über die deutsche Wiederaufbaunote, die in der Nacht zum 22. d. M. eingegangen war. Vertelot hatte eine Denkschrift vorbereitet, in der der französische Vorschlag, um den die Verhandlungen sich drehen, im einzelnen auseinandergesetzt wird. Abends 6 Uhr 15 Minuten ging die Konferenz zu Ende. Es wurde beschlossen, daß der Oberste Rat am kommenden Sonnabend in Paris zusammentreten wird. Sollte Lloyd George durch die Streiffrage verhindert sein, London zu verlassen, wird die Konferenz in London stattfinden.

Englisch-französische Uebereinstimmung

Reuter gibt über die Vormittagsitzung folgenden Bericht aus französischer Quelle: Die Besprechung der Premierminister begann um 11 Uhr und wurde um 2 Uhr vertagt. Die Erörterung trug allgemeinen Charakter und bewies vollständige englisch-französische Uebereinstimmung über die Notwendigkeit, Deutschland zu sofortiger Zahlungseinstellung zu zwingen. Die Premierminister bemühten sich, verschiedene Gesichtspunkte richtig zu stellen, beispielsweise die Opposition gewisser britischer Liberaler und Arbeiterkreise gegen neue Sanktionen, um eine zufriedenstellende Lösung zu erreichen. Es wurde festgestellt, daß eine Besetzung des Ruhrgebietes nur zeitweise erfolgen und aufgehoben werden würde, sobald Deutschland zahlte. Sie würde also nicht den Charakter einer Annexión tragen. Die Besprechung wurde nachmittags wieder aufgenommen.

Reuters Sonderberichterstatter meldet: In der langen, nicht-formellen Nachmittagskonferenz wurde ein Beschluß nicht gefaßt. Endgültige Entscheidungen werden am 30. April bei der Zusammenkunft des Obersten Rates getroffen werden, die, wenn der Kohlenstreik dann vorüber ist, in Paris, wenn nicht, in London stattfinden wird. Wie verlautet, befinden sich beide Parteien in Uebereinstimmung. Die französischen Vorschläge wurden einstimmig gebilligt. Wenn das Ruhrgebiet besetzt wird, wird sich die britische Beteiligung daran auf einige Abteilungen Kavallerie und einige Tanks beschränken. Es wird betont, daß das Pariser Uebereinkommen sich noch in Geltung befindet. Der britische Botschafter hat aus Berlin telegraphiert, daß die deutsche Note an die Vereinigten Staaten dem amerikanischen Botschafter in Berlin Sonntag mittag eingehändigt worden ist.

Das Ergebnis von Sythe

Paris, 25. April.

Berlinax sagt im „Echo de Paris“ das Ergebnis der Beratungen von Sythe wie folgt zusammen: 1. Lloyd George habe grundsätzlich zugestimmt, daß die Besetzung des Ruhrgebietes ausgeführt werde, wenn die

Vorschläge, die Deutschland an Amerika übermitteln habe, zu keinem Einverständnis zwischen dem Reiche und den Verbündeten führten.

2. Lloyd George stimmte ferner zu, daß ohne abzuwarten, die französischen und englischen wirtschaftlichen Sachverständigen zusammenzutreten, um die wirtschaftlichen Maßnahmen, die von den französischen Sachverständigen ausgearbeitet wurden, zu prüfen.

Berlinax sagt, weder Lloyd George, noch seine Mitarbeiter hätten genügend Zeit gehabt, sie zu lesen. Sie hätten also noch ihre vollkommene Handlungsfreiheit. Dieser Punkt sei umso wichtiger, als die Engländer sich Frankreich zu einer militärischen Expedition erst anbieten wollten, wenn die wirtschaftlichen und finanziellen Probleme ihrem Urteil unterbreitet und in praktischer Weise gelöst seien.

Nach Sauerwein ist auch Lloyd George die Besetzung von Hamburg vorgeschlagen worden. Aber Berlinax glaubt, daß die Frage der Beschlagnahme der Zölle für die Seetransporte erst in der Zukunft in Frage käme.

Philippe Millet berichtet im Petit Parisien aus London, es handle sich bei dem, was gestern in Sythe besprochen wurde, nur um eine bedingungsweise Verständigung. Das britische Einverständnis scheine tatsächlich von zwei Bedingungen abzuhängen: 1. daß die neuen deutschen Vorschläge ebenso wenig befriedigten wie die früheren und 2., daß die von der französischen Regierung gegenüber Deutschland vorgeschlagenen wirtschaftlichen Maßnahmen einer ersten Prüfung standhalten könnten. Daraus ergebe sich auch der Beschluß, schon von morgen an die alliierten Sachverständigen zusammenzurufen, damit sie prüfen und wenn nötig, abändern, was von Frankreich vorgeschlagen wurde, bevor der Oberste Rat am 30. April zusammentrete.

Paris, 25. April.

Sowohl der diplomatische Mitarbeiter wie der Sonderberichterstatter der Chicago Tribune in Lympha berichten, daß die Unterredungen in Sythe zu keinem Abkommen und zu keinen Beschlüssen geführt haben. Die Teilnahme der Vereinigten Staaten an den nächsten Sitzungen des Obersten Rates wird in Paris als sicher angesehen, und zwar wird als Vertreter neben dem amerikanischen Botschafter in Paris auch der frühere Vertreter Amerikas in der Reparationskommission, Bogden, genannt.

Keine Entscheidung vor Dienstag

Brüssel, 24. April. (Havas.)

Louchet und Jaspar hatten Besprechungen über die durch die Haltung Deutschlands geschaffene Lage, die in den nächsten Tagen fortbauern werden. Jaspar wird nach London fahren, damit sich die Ansicht der belgischen Regierung mit der der englischen vollkommen deckt. Zahlreiche Fragen müssen erörtert und besprochen werden. Es ist wahrscheinlich, daß man vor Dienstag zu keiner Entscheidung gelangen wird. Eine neue Zusammenkunft der alliierten Regierungen ist schon jetzt vorzuziehen. Die Besprechungen zwischen Louchet und Jaspar haben wieder einmal das Einverständnis zwischen Frankreich und Belgien gezeigt.

Englischer Protest gegen Zwangsmahnahmen

Paris, 25. April.

Nach Berichten aus Sythe ist der Protest englischer Politiker gegen etwaige Zwangsmahnahmen, die gegen Deutschland ergriffen werden sollen, nicht nur von Asquith, Lord Robert Cecil und Barnes, sondern auch von Henderson, Clynnes und noch einigen anderen bekannten Politikern unterschrieben.

Die Abstimmung in Tirol

Jansbrud, 24. April.

Bei der Volksabstimmung haben von etwa 150 000 Stimmberechtigten ungefähr 90 Prozent ihre Stimme abgegeben, von denen mindestens 120-125 000 für den Anschluß an Deutschland gestimmt haben.

Ergebnisse: Jansbrud (Stadt) 3984 Stimmen mit Ja, 472 Stimmen mit Nein, 134 Stimmen unglücklich. Davon von auswärts Zugereisten 214 Stimmen, von denen 2139 mit Ja, fünf mit Nein stimmten. Anzkei 18332 Stimmen mit Ja, 135 mit Nein. Schwaz 10457 Stimmen mit Ja, 36 mit Nein. Imst 7899 Stimmen mit Ja, 71 mit Nein. Landeck 9684 Stimmen mit Ja, 242 mit Nein.

Jansbrud, 24. April.

Nach Nachrichten aus Bozen hat heute dort ein Zusammenstoß zwischen Faschisten und deutschen Bauern, die zur Messe nach Bozen gekommen waren, stattgefunden. Dabei wurde eine Person getötet und 43 verwundet, darunter acht schwer. In der Stadt herrscht große Unruhe. In Jansbrud wurden nach dieser Nachricht die Abendkonzerte in den Caféhäusern unterbrochen und die Versammlungen, die anlässlich der Volksabstimmung stattfanden, ausgesetzt. Es fanden auch Demonstrationen vor dem italienischen Konsulat statt, bei denen nationale Lieder gesungen wurden.

Die Tschechoslowakei und die Sanktionen

Aus Prag wird uns geschrieben:

Es ist begreiflich, daß der Entente ungemein viel daran liegen muß, daß die Sanktionen gegen Deutschland allgemein durchgeführt werden. Ganz besonders wichtig ist aber die Teilnahme der Nachbarstaaten Deutschlands, weil die Gefahr des Durchbruchs der ganzen Aktion sehr groß ist, wenn der Ring irgendwo eine Lücke aufweist. So ist auch an die Tschechoslowakei in ihrer doppelten Eigenschaft als Nachbarstaat Deutschlands und Bündnisstaat der Entente die Aufforderung ergangen, sich an dem Sanktionskrieg zu beteiligen.

Ihrer Wichtigkeit gemäß wurde die Frage von der breitesten Öffentlichkeit in sehr ausgiebiger Weise erörtert. Allgemein ist zu sagen, daß die tschechische Presse, mit Ausnahme der Linkssozialisten, für die Beteiligung an den Sanktionen eintritt, während sich die deutsche Presse ohne Unterschied der Parteirichtung energisch gegen die Teilnahme ausspricht. Die Haltung beider Gruppen ist nur zu verständlich. Der tschechoslowakische Staat ist entstanden aus der Gnade der siegreichen Entente. Die Nation, die den Vorteil aus der durch die Niederlage Deutschlands entstandenen weltpolitischen Konstellation zog, waren in diesem Staate die Tschechen. Es verbindet sie somit mit der Entente ein Gefühl der Dankbarkeit, das zweifelsohne über die Bedeutung einer moralischen Verpflichtung hinausgeht und auch — vielleicht nur insoweit — einen recht realen Untergrund hat. Daher die enge Anlehnung an den Ententeimperialismus, daher die Bereitwilligkeit, jeden Wunsch der Pariser Diktatoren sofort zu erfüllen. Die beiden Regierungsblätter, die tschechische „Československá Republika“ und die deutsche „Prager Presse“ machen unausgesetzte Stimmung für die Teilnahme an den Sanktionen, sie als „moralische Verpflichtung“ gegenüber der Entente bezeichnend. Das Blatt der einflussreichen Agrarpartei, der „Venkov“, erklärte, die Tschechoslowakei könne den Vertrag mit der Entente nicht „als Felsen Papier“ betrachten, ins gleiche Horn pfeifen die Blätter der übrigen bürgerlichen tschechischen Parteien, und sogar das rechtssozialistische „Pravo Lidu“ nimmt zu der Frage einen recht eigentümlichen Standpunkt ein. Gegen die Teilnahme an den Sanktionen trat es nämlich nicht auf, sondern beschränkte sich auf die Forderung, daß sie auf „verfassungsmäßigem Wege“ beraten werden müsse. Es sind einzig die linkssozialistischen Blätter, voran „Rude Pravo“ in Prag und die „Kopnost“ in Brünn, die entschieden gegen die Teilnahme auftreten.

Bei den Deutschen ist selbstverständlich die Haltung eine gegebene. Von den bürgerlichen Parteien werden die Sanktionen aus nationalen Gründen abgelehnt, von den Sozialdemokraten zunächst prinzipiell, ebenso sehr aber infolge der ungeheuren wirtschaftlichen Nachwirkungen, die die Teilnahme nach sich ziehen müßte.

Das Parlament kam bisher nicht dazu, sich mit der Sache zu beschäftigen, weil es derzeit in Ferien weilt, dagegen fand im Auswärtigen Ausschuss eine ausgiebige Aussprache statt, in deren Verlauf Außenminister Beneš Erklärungen abgab, die eigentlich noch weniger als nichts besagten. Sie äpfelten darin, er könne heute noch nicht sagen, was die Tschechoslowakei tun werde, die Regierung müsse bei der Frage die Gefühle aller Nationalitäten sowie die wirtschaftlichen Interessen der Gesamtheit und die außenpolitische Lage berücksichtigen. Das ist schön gesagt, doch drängt wirklich die Zeit zu sehr, als daß man noch allzu lange warten könnte, bis sich die Regierung in diesem oder jenem Sinne entschlossen hat. In der Debatte wandte sich zunächst der tschechische Linkssozialist Skalák mit aller Schärfe gegen jede Teilnahme und warnte die Regierung vor einer Tat, die eine Störung des wirtschaftlichen Lebens in einem bisher ungeahnten Umfang hervorrufen könne. „Wir fordern von Deutschland nichts und werden auch gegen Deutschlands nichts unternehmen.“ Der Sprecher der deutschen Sozialdemokraten, Genosse Dr. Czech, befaßte sich sodann in ausführlicher Weise mit dem Fragenkomplex. Das ganze Wirtschaftsleben der Tschechoslowakei werde

durch die Teilnahme auf den Kopf gestellt, und da sei es notwendig, ein klares Wort zu sprechen, damit eine Stabilisierung der Verhältnisse eintreten könne. 50 Prozent des gesamten Außenhandels der Tschechoslowakei entfallen auf Deutschland, so daß ein Wirtschaftskrieg in erster Linie das Land selbst treffen müßte. Die Sanktionen würden eine Teuerungswelle auslösen, man müsse sich über diese Wirkungen im Klaren sein und deshalb sei zum mindesten das Parlament sogleich zur Beratung der Frage einzuberufen. Der Redner stellte zwei Anträge, in denen jede Beteiligung der Tschechoslowakei an wirtschaftlichen und eventuellen militärischen Strafmaßnahmen der Entente gegenüber Deutschland abgelehnt und ausgesprochen wird, daß jede Entscheidung über diese Frage nur auf parlamentarischem Wege erfolgen dürfe.

Die Anträge wurden mit Hilfe der tschechischen Parteien einschließlich der Rechtssozialisten abgelehnt, und nur ein Antrag angenommen, der die Beschließung auf „verfassungsmäßigem Wege“ fordert. Es beginnt indessen in den letzten Tagen auch bei den Tschechen etwas zu dümmern. Speziell die wirtschaftlich denkenden Kreise sehen immer mehr ein, daß die Teilnahme an den Sanktionen ein Unglück für das ganze Wirtschaftsleben des Staates bilden würde, und es sind besonders die beiden etwas auf linker Seite stehenden tschechischen bürgerlichen Blätter „Tribuna“ und „Cas“, die ihre Spalten auch Stimmen öfneten, die sich gegen die Sanktionen aussprechen. Ein paar Zahlen sprechen hier deutlicher als lange Worte. Der Anteil Großbritanniens am Export der Tschechoslowakei betrug nach den letzten Veröffentlichungen 0,3 Prozent, jener Frankreichs schwankte infolge der Zuderlieferungen, die nicht konstant sind und vielleicht auch aufhören werden, zwischen 3,8 und 6,1 Prozent, während nach Deutschland fast 50 Prozent der gesamten Ausfuhr gehen. Dabei ist Deutschland Lieferant einer Reihe unentbehrlicher Rohprodukte für die Tschechoslowakei. Die Zuderindustrie braucht dringend den deutschen Rübensamen, die Glasindustrie den sächsischen Sand, die Porzellanindustrie Feldspat und Gips, die chemische Industrie Salz, die Zuderfabriken ebenso dringend die oder- und niederschleifische Steinkohle, die im Kompensationswege für die nordböhmische Braunkohle, die wieder in der sächsischen Industrie Verwendung findet, hereinkommt. Die Einstellung dieser Braunkohlexporte müßte ebenfalls eine Katastrophe für die Tschechoslowakei bedeuten, weil heute bereits Tausende von Bergarbeitern aus den Braunkohlegebieten entlassen sind, so daß die Krise eine angebliche Verschärfung erfahren würde. Und was neben diesen wirtschaftlichen Fragen das Wichtigste ist: nach langen Bemühungen gelang es endlich, mit Deutschland in ein vertragliches Handelsverhältnis zu kommen und schon sollen die freundschaftlichen Beziehungen wieder durch einen Schritt getrübt und vergiftet werden, der nicht im Geringsten im Interesse der Tschechoslowakei gelegen ist.

Wer ist Rakosi?

Ein Beitrag zur Naturgeschichte der „Turkstaner“

Ein ungarischer Genosse schreibt uns:

In der Broschüre von Paul Levi ist auch von einem ungarischen Kommunisten, namens Rakosi die Rede, der als der Bevollmächtigte des Moskauer Exekutivkomitees nach Italien fuhr, um die Spaltung der Partei herbeizuführen. „Sozialverräter“ wie Serrati und Grünhabel des proletarischen Klassenkampfes wie Turati aus der Partei der kämpfenden Arbeiterklasse herauszuwerfen, und der auch in Deutschland die Aufgabe übernahm Klara Zetkin und anderen Belehungsbedürftigen beizubringen, was proletarischer Klassenkampf und Revolution ist.

Allerdings ist der „Turkstaner“ Rakosi ein großer Sachverständiger in allen diesen Dingen. Er dürfte die 30 Jahre noch kaum überschritten haben, heißt Mathias Rakosi, war Privatbeamter, der vor seiner russischen Gefangenschaft niemals etwas mit Arbeiterbewegung oder Sozialismus zu tun hatte, nach dem Ausbruch der Revolution mit Bela Kun nach Ungarn kam und nach Errichtung der Räteregierung in Ungarn zum Volkskommissar für soziale Produktion ernannt

wurde. Seine erste Amtshandlung war, daß er am Tage der Proklamierung der Diktatur alle Geschäfte in Ruinen unter Androhung der Todesstrafe schließen ließ und damit den ersten Anstoß zu einer immer mehr umfänglichen Unzufriedenheit gab.

Nach einigen Tagen, als man die ungeheure Dummheit des Rakosi ein sah, warf man ihn aus dem Kommissariat für soziale Produktion hinaus und schickte ihn zur Armee als politischer Kommissar. Er kam nach dem großen Bergwerk Salgó-Tarján, das damals von den tschechischen Truppen schwer bedrängt wurde. Bei einem Ausbruch ließ Mathias Rakosi in die zurückweichenden Bergarbeitertrupps hineinfluchen, wie während die verschiedenartigen Erzhergbe. Die empörten Bergarbeiter rühten darauf ab, forderten die sofortige Abberufung des tapferen Rakosi und drohten, bei Nichterfüllung ihrer Forderung mit einem Streik. Sie setzten auch ihren Willen durch und so gelangte Mathias Rakosi zu den Revolutionstrichtern, wo ihn der Sturz der Diktatur traf.

Nun taucht der Brave als oberster Schlichter über Kämpfer auf, die Jahrzehnte ihres Lebens der proletarischen Sache gewidmet haben. Alle, die den Burschen kennen, mühten darob lachen, wenn dieser Vorfall, der die inneren Verhältnisse der Moskauer Internationale grell beleuchtet, nicht so verhängnisvoll für die revolutionäre Arbeiterbewegung Westeuropas sein würde.

Die Schnellfeuerjäger

Vor dem Hamburger Ausnahmegericht wurde am Sonnabend der Prozeß gegen die Geschwader Kommunisten zu Ende geführt. Die Angeklagten hatten sich im Zusammenhang mit den Unruhen in Hamburg in Gesellschaft, einem Führer an der Unterseite, bewaffnet. Die Anklage lautet auf Landfriedensbruch und schweren Aufruhr. Urteil: F i h e r 3 Jahre 3 Monate Zuchthaus, K o m m o h 2 Jahre 3 Monate Zuchthaus, F m e i e h 1 2 Jahre Zuchthaus. 39 weitere Angeklagte wurden zu Gefängnisstrafen von 9 Monaten bis zu 2 Jahren verurteilt. Ingesamt hat das Hamburger Ausnahmegericht also an einem Tage 7 Jahre 8 Monate Zuchthaus und 38 Jahre 3 Monate Gefängnisstrafen ausgesprochen.

Vor dem Ausnahmegericht in Halle hatten sich die Dreier Hans Schaal und Alfred Kreh, die als Mitglieder eines Spenglermandos den Bahndörper zwischen Scherpen und Eisdorf gepörrt haben sollen, zu verantworten. Urteil: S c h a a l 2 Jahre, K r e h 1 Jahr Zuchthaus und je 5 Jahre Ehrverlust. Die Angeklagten belästigten sich vor Gericht durch beiderseitige Beschuldigungen. Der Krankenschwesterkonkurrenz Richard Lam m aus Bitterfeld wurde zu anderthalb Jahren Zuchthaus verurteilt, weil er sich am Rathaussturm in Bitterfeld beteiligt haben soll.

In Halle war während des mitteldeutschen Bußjahres eine angebliche kommunistische Kampfsentrale“ ausgehoben worden. Zwei Kommunisten sollen dabei auf der Flucht erschossen worden sein. Die übrigen verhafteten Personen, darunter einige Stenotypisten, fanden am Sonnabend vor dem Ausnahmegericht. Die Öffentlichkeit wurde ausgeschlossen, weil dadurch die Sicherheit des Staates schwer gefährdet werden könnte. Das Gericht hat anscheinend Angst, daß bei dem Prozeß die Tätigkeit der Spindel entlarvt werden könnte. Darum umgibt es sich mit einem dicken Wall, die Wahrheit scheint ihm gefährlicher zu sein als die Taten der Kommunisten.

Neue Verhaftungen in Halle

Der halleischen Polizei soll es gelungen sein, die Zentrale etrer neuen kommunistischen Organisation auszuheben. Der Leiter, ein gewisser Ewert, aus Berlin, wurde verhaftet. Es wurde zahlreiches Aktenmaterial beschlagnahmt. Für die Spindel sind jetzt herrliche Zeiten angedroht. So gut hat sich der unsaubere Beruf noch nicht bezahlt gemacht.

Monarchistische Hochkonjunktur

Im „Berliner Tageblatt“ vom Sonntag, den 24. April, befindet sich folgendes Inserat:

Je 30 000 Stück Armblinden, Schwarzweißrot und Schwarzweiß, sowie einfarbig weiß, luche ich zu kaufen. Bemerkenswertes Spielangebot mit je zwei Mustern erbittet Heinrich Timm, Berlin C. 10, Wallstr. 23/24. Erste Berliner Abzeichen- und Fahnenfabrik.

Da ist anscheinend ein neuer monarchistisch-weißgardistischer Kummel in Vorbereitung begriffen. Die Herren, die sich dazu hergeben, brauchen nicht durch Inserat gesucht zu werden. Es gibt in Deutschland viel von dieser Sorte.

Frühling und Kinderspiel

Mit dem anbrechenden Frühling kommt für die Kinder wieder die Zeit, da sie mit rechter Lust im Freien spielen können, und auf Straßen, Plätzen, Wiesen, Feldern sieht man die Jugend die uralten Spiele spielen, die schon vor Jahrtausenden den Lenz der Kinder verschönten.

Die Wissenschaft hat aus dem Kinderspiel eine sehr ernste Sache gemacht, indem sie wichtige mythologische und volkstümliche Beziehungen aus ihnen herauslesen wollte. Man fand nicht nur in den Reimen und Reigen der Kleinen Elemente der germanischen Urpoesie, sondern wollte in ihnen auch Ueberbleibsel indogermanischer Dämonenglaubens, vorgegeschichtlicher Begräbniszeremonien usw. erblicken. Neuerdings ist man aber mit diesem „Hineingeheimnissen“ mythologischer Anschauungen in das Kinderspiel vorrückiger geworden. Man betont die schöpferische Kraft des Kindes, die aus sich heraus Urformen der Menschheit neu gebärt, und hat festgestellt, daß manche Lieder und Spiele, in denen man Beziehungen zur fernsten Vergangenheit annahm, von den Kleinen ganz aus sich heraus neu gebildet worden sind. Das Kind steht eben der Umwelt so naiv und urmüchtig gegenüber wie der primitive Mensch der Vorwelt und gestaltet aus seiner Lebenskraft und Lebensfreude ähnliche Formen. Dabei soll nicht geleugnet werden, daß alte Volkstänze und Gesellschaftsspiele, altgermanische Rhythmi und mittelalterliche Totentänze in der Welt der Jugend Heimatrecht gefunden haben und daß alte geschichtliche Anspielungen im Kinderreich vorkommen. Noch immer singt man von den Schweden und Napoleon, wie andererseits der bewegliche Geist der Kinder in seinen Sprüchen auch schon den Weltkrieg und den Bolschewismus behandelt hat. Im wesentlichen jedoch wird die Frühlingslust das Kind stets wieder von neuem zu denselben alten Spielen anregen, und dieser naturgemäße Zusammenhang mit der Vergangenheit läßt den Kleinen ihr Kreisel- und Reispenspiel nicht minder neu und aus dem Erlebnis des Augenblicks geboren erscheinen.

Wie die Großen, so begingen auch die Kinder schon von altersher die Ankunft des Frühlings mit manigfachen Festen und Spielen. Frühlingsumzüge der Kinder sind aus dem alten Griechenland überliefert, und auch hier schon ist Segenswunsch und Verheilung von Fruchtbarkeit mit dem Heischen um eine Gabe verbunden. Im Mittelalter wird das Weichenfest gefeiert, in dem die Kinder ausziehen, um die ersten Weichen zu suchen, und der glückliche Finder gepriesen wird. Eben so erzählt uns z. B. das mittelhochdeutsche Gedicht vom „Wilden Alexander“, vom Seerensuchen der Kleinen, von Tanz und Sang um das junge Grün der Maikinde usw. Wolfram von Eschenbach schildert im „Parzival“ die Lieben

Kleinen, die auf Blättern blasen und die Birken anbohren, um den Saft zu trinken. Man kränzt sich mit Blumen und freut sich an Blumenoraceln, am Palmzischen und ähnlichen Belüchen. Auch die wiederkehrenden Vögel sind der Kinder Lust, und vom Spiel der Kinder mit dem Rudak erzählt schon Konrad v. Regenberg im 14. Jahrhundert, wenn er schreibt: „Der verändert seine Stimm nicht; er singt nur Rudak, Rudak, darum spotten sein die Kinder.“

Das bunte Leben und Treiben der spielenden Kinder in der hellen Frühlingssonne wird heute nicht sehr viel anders sein als es schon vor Jahrtausenden war. Die römischen und griechischen Vuden spielten bereits gern mit K e i s e n, und zwar waren kleine Glöckchen angehängt, so daß sie beim Herumdrehen klirrten. Dasselbe erzählt Sellar von Kaisersberg von den Kindern des Mittelalters. Bekannt war bei den Griechen auch schon die S c h a n k e l, von deren Lustbarkeit wir so viel aus den Liedern der Minnesingerzeit erfahren. Ein uraltes Spielzeug ist der K r e i s e l. Man hat löcherne Kreisel bereits in vorgegeschichtlichen Gräbern gefunden, und die Kreisel, die sich bei antiken Ausgrabungen fanden, haben genau dieselbe Form, wie sie noch heute bei den Chinesen üblich ist. Die älteren deutschen Dichter nennen den Kreisel „Tops“, der mit der Geißel geschlagen wird. „Hier ist die Geißel, dort der Topf, pünkt's dem Kinde, ihn zu treiben,“ singt Wolfram von Eschenbach. Von dem Kloster Bang in Oberfranken wird erzählt, daß es 1096 die Gräfin Albrade stifte, nachdem ihr Sohn beim Kreiselspielen ertrunken war. Ebenso ehrwürdige Spielzeuge, die im Frühling noch heute von den Kindern hervorgeholt werden, sind die M u r m e l n und K n ä h e l. In einer Handschrift des 15. Jahrhunderts wird das gelbe Bleiglas erwähnt, das man den „gelben Kugeln“ zusetzt, „da die Kinder mit spielen“. Die Knähschnecken sind eins der berühmtesten griechischen Bildwerke, und in dem altheutschen Gedicht vom „Häselstein“ zählt ein kleines Mädchen als ihren größten Schatz „zehn Biffelsteine“ auf, mit denen sie spielt. Nicht minder stark ist das B a l l s p i e l, das im Mittelalter nicht nur die Kleinen, sondern auch die Großen und sogar die Mönche mit Eifer betrieben. Ein Ballspiel war ursprünglich auch der P l u m p s a c k, den ein an einer Schnur befestigter Ball darstellte. In den Gassen des Klosters Reichenau aus dem 13. Jahrhundert wird dieses Plumpsackspiel unter dem Namen „Gustull“ traf ich dich“ erwähnt. Ebenso war das „Talerwandern“ ein Ballspiel, wobei statt des Talers ein Ball von Hand zu Hand ging. B l i n d e k u h, das die Griechen Blindenmücke nannten, wird bereits von Otfried in seinem altheutschen Epos genannt. Die ausführlichste Darstellung der alten Kinderspiele, unter denen wir viele Bekannte finden, gibt Hiltart in einem Kapitel seines „Gargantua“, und das anschaulichste Bild germanischer Kinderlust bietet Pieter Breughels großes Gemälde in Wien, das durch die Fülle der Spielarten fast verwirrt,

Die pädagogischen Arbeitsgemeinschaften der Volkshochschule Groß-Berlin wollen ihre Mitglieder befähigen, an der Lösung der großen erzieherischen Fragen der Gegenwart produktiv mitzuarbeiten und allmählich eine Gemeinschaft von Menschen bilden, die in Zukunft zu Trägern der Erziehungspolitik der Gemeinde werden können. Wir glauben insbesondere die Elternbetrie te auf die Bedeutung dieser Arbeitsgemeinschaften hinweisen zu müssen. Auf folgende Vorträge sei aufmerksam gemacht: In der Arbeitsstätte des Südens (Friedrich-Realgymnasium, Mittenwolder Str. 34-37) werden die sozialpädagogischen und sozialphilosophischen Ideen Rousseaus im Vergleich zu den Problemen der Gegenwart unter Leitung von Dr. Else Hildebrandt behandelt. Zwei Führungen nach einer Gemeindegemeinschaft und nach einem Kindergarten sind geplant. (Donnerstags von 7 bis 8½ Uhr, Beginn 23. April.) — In Schöneberg bespricht H. R. Grundwald „Probleme der Erziehung und des Unterrichts“ (Hohenzollern-Schule, Bessiger Str. 48-52, Mittwoch von 7 bis 8½ Uhr, Beginn 27. April.) — Im Luisenstädtischen Gymnasium, Gieselerstr. 49, behandelt Dr. R. Reischer „Kritik des Sozialpädagogik“ (Mittwochs von 7-8½ Uhr, Beginn 27. April) und im Schiller-Realgymnasium, Schillerstr. 26, Rektor W. Staar „Erziehungsfehler in der frühen Kindheit, ihre Ursachen und ihre Bekämpfung“ (Donnerstag von 8½ bis 10 Uhr, Beginn 28. April.)

Kunstausstellungen im Berliner Norden. Eine kleine Gruppe von Künstlern, die im Norden Berlins und in den nördlichen Vororten ansässig sind, hat sich zusammengeschlossen, um in der nördlichen, näheren und weiteren Umgebung Berlins kleine Ausstellungen zu veranstalten. Da können die Besucher die Schwierigkeiten und Kosten einer Bahnfahrt sparen. Nicht zuletzt ist es aber die Absicht, das ungeübte Auge der in ländlicher Abgeschlossenheit Lebenden auf den Wert erstgenannter, künstlerischer Arbeit hinzuweisen, im Gegensatz zu den Kunstwerken, in denen Unternehmern fabrikmäßig hergestellte Waren dem Publikum als „Kunstzeugnisse“ aufdrängen. Die in der Nähe gelegenen Schulen, sollen dann die Ausstellungen besichtigen. Die erste findet in Frohnau am 1. bis 16. Mai im Direktionsgebäude am Bahnhof statt und soll Gemälde, Plastik, Graphik und Kunstgewerbe zeigen.

Ein neues Realistisches Filmunternehmen. Der Freistaat Hessen beteiligt sich mit der Stadtgemeinde Darmstadt und der Provinz Startenburg an einem neuen Filmunternehmen als Aktionär. Die Gesellschaft führt die Firma Blafilm A.-G. und ist eine Berliner Gründung mit Hugo Larjen als künstlerischem Leiter an der Spitze. Die Gesellschaft wurde mit einem vorläufigen Kapital von 500 000 M. gegründet, dessen Erhöhung sich jedoch nach der Beteiligung der hessischen Regierung usw. kaum umgehen lassen wird. Durch die Verbindung mit dem hessischen Staat erwachsen der Gesellschaft große Vorteile. Zunächst ist ihr die Flugzeughalle in Darmstadt mit anschließendem achtzig Morgen großem Gelände in unmittelbarer Nähe des früheren großherzoglichen Wildparks zur Verfügung gestellt worden. Ferner werden ihr nach berühmtem Muster die früheren großherzoglichen Schlösser für Filmaufnahmen überlassen werden. Vor allem aber ist ein enges Zusammenarbeiten mit dem Darmstädter Staat

Kronenwaid-Abwehrhof, Genosse Rahn, Alt-Glenide und Genosse Otto Schneider-Oberhahnweide als Beisitzer, Genosse Weib-Tropf als Vertreter in die Preskmission. Beschlossen wurde ferner, daß von den den Distrikten verbleibenden 20 Prozent den Abteilungen 10 Prozent überlassen werden. Die Übernahme der Verwaltung- und Kassengeschäfte erfolgt spätestens am 1. Mai. Die Generalversammlung nahm einen würdigen Verlauf und man ist bestrebt, durch die straffere Zusammenfassung der kleinen Organisationen eine größere Aktivität unserer Partei zu erreichen.

Zehlendorf gegen Paulsen. Die evangelischen Eltern der Schulgemeinde Zehlendorf haben in einer öffentlichen Elternversammlung gegen den Aufruf des Stadtschulrats Paulsen Stellung genommen. Nach einem Referat des Studentrats Jurkalm-Steglich, der noch besonders von Bezirkslehrer Dr. Sandt unterstützt wurde, wurde eine Resolution gegen Paulsens Schulprogramm angenommen. — Es ist nur gut, daß Zehlendorf nur ein Teil von Berlin ist, denn die dort anläßliche wohlhabende Bevölkerung kennt nicht die Nöte und Leiden der Proletariatskinder des Nordens und Ostens Berlins, die weniger von der Sonne des Lebens, die für alle gleichmäßig scheint, kennen. Die Eltern dieser Armen aber werden sich für diese Schule entscheiden, weil sie ihre Kinder dadurch zu freien Menschen erziehen wollen.

Einschränkungsbestimmungen bei der Beleuchtung. Der Magistrat Berlin erläßt in Nr. 17 des „Gemeindeblattes“ vom 24. April d. J. eine Bekanntmachung über die Beleuchtungs-einschränkungen, nach welcher die zurzeit bestehenden Bestimmungen insoweit eine Erleichterung erfahren, als vom 24. April ab in Ladengeschäften, offenen Verkaufsstellen und dergleichen, auch nach dem Eintritt der für den Ladenschluß gesetzlich vorgeschriebenen Zeit Gas oder Elektrizität auf die Dauer von einer halben Stunde, jedoch nur für Aufklärungs- und Abrechnungsarbeiten unter Einschränkung des Beleuchtungs-umfanges, gestattet wird. Die bisherigen Bestimmungen über die Zulässigkeit von Sicherheitsbeleuchtung bleiben bestehen. Für Gastwirtschaften und gewerbliche Betriebe jeder Art (auch Hotelrestaurants, Cafés und dergleichen), sowie für Konzertsäle, Zirkusunternehmungen und Vergnügungstätten anderer Art, darf Gas oder Elektrizität nur bis zum Eintritt der Vollzeitsstunde, bei Verlängerung derselben höchstens bis 1 1/2 Uhr abends verbraucht werden. Nach Eintritt der Vollzeitsstunde ist die Entnahme von Gas oder Elektrizität in Zukunft für Aufklärungs- und Abrechnungsarbeiten noch auf die Dauer von 1/2 Stunde gestattet, unter der Voraussetzung, daß keine Gefahr in dem Lokal anwendend und die Zugänge zu demselben verschlossen sind. Im übrigen verbleibt es bei den bisherigen Einschränkungsbestimmungen.

Mit dem Auto in eine Baugrube gekürzt. In der Kreuzung der Belle-Alliance- und Gneisenaustraße fuhr am Sonntag abend eine Autodrohke in die Baugrube, die dort für die Anlagen der Untergrundbahn ausgehoben wird. Angehört war die Laterne, die sich an der Warnungstafel bei der gefährdeten Stelle befand, nicht angezündet. Das aus Mariendorf kommende Auto stürzte mehrere Meter tief. Der Chauffeur konnte sich noch im letzten Augenblick durch Abpringen retten; die beiden Insassen, ein junger Mann und eine junge Dame, erlitten jedoch Verletzungen und wurden nach dem Krankenhaus Am Urban gebracht. Dort konnten sie nach Anlegung von Notverbanden nach der Wohnung entlassen werden. Die herbeigerufene Feuerwehr holte nach mühevoller Arbeit den verunglückten Wagen wieder aus der Grube heraus.

Voraussehliches Wetter für Berlin und Umgebung am Dienstag. Ein wenig wärmer, zeitweise aufklarend, jedoch überwiegend bewölkt mit leichten Regenschauern und schwachen östlichen Winden.

Gewerkschaftliches

Kräftes Geist . . .

Der Obmann des Beamtenausschusses beim Postamt 3, Wilhelm Hoffmann, hatte im Vorjahr in Nummer 542 der „Freiheit“ im gewerkschaftlichen Teil eine Notiz veröffentlicht, in der das Gebahren des Präsidenten der Oberpostdirektion Berlin, Herrn Genzke, gekennzeichnet wurde. Herr Genzke unterlag seiner Zeit in einem Schreiben dem dringlichen Beamtenspruch des Post- und Telegraphenpersonals innerhalb der Diensträume auszubringen. In der Notiz wurde auch der Wunsch ausgesprochen, daß der Herr Präsident der D. P. D. Berlin rechtzeitig lernen möge, den Geist der Zeit zu erkennen und mit der Reichspostgewerkschaft zu arbeiten.

Diese Notiz hat nun den Unwillen des Postgewaltigen Genzke erregt. Um seinem Unmut Luft zu machen, hat er jetzt den Obmann des Beamtenausschusses vom Postamt 3 nach Postamt 5 kraftverlegt. Diese Strafverlegung ist umso weniger zulässig, als Hoffmann in dieser Notiz nur das Stimmungs- und eine Beamtensammlung wiedergegeben hatte, die sich mit der Verfügung des Herrn Genzke befugte. Die Strafverlegung entbehrt schon deshalb jeder rechtlichen Grundlage und ist als eine glatte Maßregelung anzusehen. Die Beamten vom Postamt 3 nahmen in einer gut besuchten Betriebsversammlung zu der Angelegenheit Stellung. Gegen wenige Stimmen wurde dann folgende Entschließung angenommen:

„Die am 23. April in dem Sophien-Logen tagende Betriebsversammlung des Postamtes legt gegen die Strafverlegung ihres Obmanns, Postsekretär Wilhelm Hoffmann, entschiedenen Protest ein. Sie erblickt hierin eine Beschränkung der Rechte, welche durch Artikel 118 der Reichsverfassung jedem Deutschen gewährleistet sind. Die Versammlung steht auf dem Standpunkt, daß nur das Personal das Recht hat, seinen Obmann durch Beschluß seines Kostens zu entheben und erwartet, daß sowohl der Beamten-Bezirksausschuss sowie der Beamterrat schleunigst Mittel und Wege findet, diese Strafverlegung rückgängig zu machen.“

Die in der Entschließung gestellte Forderung der Postbeamten schließen wir uns vollinhaltlich an. Es kann nicht angehen, daß an der Spitze einer Reichsbehörde ein Mann steht, der die Bestimmungen der Reichsverfassung mit Füßen tritt und so als leuchtendes Beispiel für die Unternehmer-Schwarzmaier wirkt. Wenn sich Herr Genzke nicht von dem Kräftes Geist freimachen kann, dann ist es an der Zeit, daß er in die Versenkung verschwindet und ein Mann an seine Stelle tritt, der die Reichsverfassung als Grundlage nimmt, um mit seinem Beamtenschatz zum Wohle der Allgemeinheit zu wirken.

Beginn des Gesundungsprozesses. Die Eisen-, Metall- und Revolverdreher Berlins hielten am Donnerstag, den 21. April, in der Schulaula, Koppentplatz, ihre Branchenkonferenz ab. Es war, wie von allen nicht zur Branchenkommission gehörenden Disziplinardreher festgestellt wurde, die erste Konferenz seit der Spaltung, die sich mit positiver Gewerkschaftsarbeit

Beschäftigte und durch häßliche Art angenehm von den Fischerfesten sich abhob. Von den meisten Rednern wurde bemängelt, daß seit Monaten die Berliner Dreher und Dreherinnen ohne Branchenversammlung, also ohne offizielle Information über die Situation im Beruf gelitten sind. Wird die Branchenleitung dem Wunsche der Kollegen Folge leisten und die Berliner Dreher in Stand setzen, über die augenblicklichen Verhältnisse im Dreherberuf Stellung zu nehmen? Am Donnerstag, 28. April, nehmen die in der U. S. P. D. organisierten Kollegen und Kolleginnen der Branche Stellung zu der augenblicklichen Lage, und wir erwarten, daß alle im Beruf Tätigen, sich in der Schulaula Koppentplatz, abends 7 Uhr, pünktlich einfinden.

Aus den Organisationen

Montag, 25. April
14. April. Der heutige Frauenabend ist infolge der Rosenfest-Veranstaltung der K. A. aus. Infolge der morgigen hiesigen Versammlung Dr. Wiles, fällt die zu Freitag, 29. April, angelegte öffentliche Frauenversammlung in der Kaiser-Friedrich-Halle aus.

Montag, 25. April
14. und 15. April. Elternversammlung in der Kasse Schwanenstr. 20. Genossen und Genossinnen erheben zahlreich. Obmann Krause.
18. April. Heute 7 Uhr Frauenabend im Götter-Logen, Konstrafe, Ecke Fiedlerstraße, Vortrag der Genossin Lunkwitz.
18. April. Heute 7 Uhr Frauenabend im Götter-Logen, Konstrafe, Ecke Fiedlerstraße. Der irrtümlicherweise für Freitag angelegte Sympotium-Veranstaltung im Laboratorium des Reagenzhauses für unsere Genossinnen beginnt heute abend 7 1/2 Uhr. Die Vorstandssitzung wird auf Mittwoch verschoben, abends bei Kottler, Kottlerstr. 35.
18. April. Funktionäre, insbesondere Stappeler, abends 8 Uhr bei Kottler, Kottlerstr. 35, und Kottlerstr. 35, kurze Besprechung betr. Kottlerstr.

Dienstag, 26. April
12. April. Abends 7 Uhr, Verhandlung bei Pleck, Kleink. 24.
14. April. 7 1/2 Uhr Funktionärsbesprechung bei Kottler, Kottlerstr. 35.
14. April. Abends 7 Uhr Disziplinardreher bei Kottler, Kottlerstr. 35, Ecke Fiedlerstraße. Die Besprechung wird auf Mittwoch verschoben, abends bei Kottler, Kottlerstr. 35.
14. April. Abends 7 1/2 Uhr Besprechung der Funktionäre im Kottlerstr. 35, Sitzungszimmer 2.
14. April. Abends 7 1/2 Uhr Besprechung der Funktionäre im Kottlerstr. 35, Sitzungszimmer 2.
14. April. Abends 7 1/2 Uhr Besprechung der Funktionäre im Kottlerstr. 35, Sitzungszimmer 2.

Vereinskalender

Dienstag, 26. April
14. April. Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 10, Besprechung über die in der Rosenfest-Veranstaltung beschlossenen Maßnahmen. Tagesordnung: Stellungnahme und Beschließung über das Verhalten der Arbeitervereine. Die Besprechung beginnt um 7 1/2 Uhr.
14. April. Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 10, Besprechung über die in der Rosenfest-Veranstaltung beschlossenen Maßnahmen. Tagesordnung: Stellungnahme und Beschließung über das Verhalten der Arbeitervereine. Die Besprechung beginnt um 7 1/2 Uhr.
14. April. Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 10, Besprechung über die in der Rosenfest-Veranstaltung beschlossenen Maßnahmen. Tagesordnung: Stellungnahme und Beschließung über das Verhalten der Arbeitervereine. Die Besprechung beginnt um 7 1/2 Uhr.

Theater und Vergnügungen

Volkshühne
7 Uhr: Wallensteins Tod
Neues Volkstheater
Königsplatz 10
7 Uhr: Rose Bernd

Staatstheater.
Opernhaus
7 Uhr: Maskenball
7 Uhr: Die Sterne

Deutsches Theater
6 1/2 Uhr: Faust I
Kammerspiele
7 1/2 Uhr: Der König, Dankbitter

Großes Schauspielhaus
7 Uhr: Die Sommerschmähler
Theater i. d.
Königsgräber Str.:
Täglich 7 1/2 Uhr: Das Kaffeehaus

Rugby
Palast, Warba, Betz, Schlegel
Komödienhaus:
Abendtäglich 7 1/2 Uhr:
Die Sache mit Lola
mit Max Pallenberg

Berliner Theater:
Abendtäglich 7 1/2 Uhr:
DAS
Milliarden
SOUVER

Trianon Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Rufen
von Hermann Sudermann
(Dora, Emma, Carola, Zola,
Käthe, Gode, Fellenstein,
Katharina, Gertrud, Veronika)

Residenz Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Das Privileg
Hans Weydner, Fuchs, Füllin,
Hans Gröning, W. G. G. G.

Kleines Theater
7 1/2 Uhr: Nur ein Traum
Kuffel, von Arthur Schnitzler
(Dora, Emma, Carola, Zola,
Käthe, Gode, Fellenstein,
Katharina, Gertrud, Veronika)

Thalia Theater
7 1/2 Uhr: Mascottchen
Komische Oper
Abendtäglich 7 1/2 Uhr:
Luderchen
1 1/2 Uhr: Solos Caprice
am Opernhaus
mit Ferd. W. W. W.

Lesing Theater
Direkt.: Victor Barnowsky
7 1/2 Uhr: Flamme
(Vielversprechend v. Käthe Dorsch)
Dienstag 7 1/2 Uhr: Neuenhuder

Gespensiter
Koffen, Krieger, Krieger, Krieger
Dienstag 7 1/2 Uhr: Die Isoler Datta

Deutsches Theater
Heute und Dienstag 7 1/2 Uhr:
Die Marquise von Arles
(Katharina, Wella)

Theater
am Kollendorplatz
7 1/2 Uhr:
Der Better aus Dingsda

Walthalla Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Fledermaus

Rose Theater
7 1/2 Uhr:
Die jüdt. Verwandten

8. Casino Theater
7 1/2 Uhr:
Bollrich & Sohn
Theater a. Kottb. Tor
Tel. Moritzplatz 160 77
Tel. 7 1/2 u. s. h. h. h. h.

Elite-Sänger
Abendtäglich
7 1/2 Uhr:
7 1/2 Apollotheater 7 1/2
Friedrichstraße 215

Residenz-Kasino
Blumenstraße 10
Täglich:
BALL

METROPO
Jugendstraße 34
Täglich 7 1/2 Uhr:
12 Schlagler

Soeben erschien! Soeben erschien!
Russische Korrespondenz
Nummer 3/4
Inhalt: H. Swin: Die gegenwärtige Lage Sowjet-Russlands (Rede auf dem X. Kongress der Kommunistischen Partei Russlands). / Karl Kadek: Der X. Kongress der Kommunistischen Partei Russlands. / Materialien zur Frage des Aufbaues der Partei. / Materialien zur Frage der Rolle und der Aufgaben der Gewerkschaften. / Karl Kadek: Die innere und äußere Lage Sowjet-Russlands und die Aufgaben der Kommunistischen Partei Russlands. / H. Swin: Das Verhältnis der Arbeiterklasse zum Bauerntum (Rede auf dem X. Kongress der Kommunistischen Partei Russlands). / V. Romanow: Die Sowjetrepublik in der kapitalistischen Umgebung (Rede auf dem X. Kongress der Kommunistischen Partei Russlands). / Karl Kadek: Sowjets der Arbeiter und Rotarmisten. / Die Erstellung von Kongressen an den ausländischen Kapital (mit drei Reden). / H. Swin: Resultate der aufbauenden Tätigkeit der Sowjetregierung. / H. Swin: Die Bauernwirtschaften in Sowjet-Russland Ende 1920. / H. Swin: Die nächsten Aussichten der Lebensmittellieferung. / Illustrationen und Beilagen: fünf Plakate (Wohlfahrtsbezüge) / drei Landkarten
160 Seiten Preis Mark 6.00 160 Seiten
Zu beziehen durch Frankes Verlag G. m. b. H., Leipzig

Achtung! Schokoladen!
Milk, Ritter, Schokolade, Trüffel, Cremes, Nougats, Haselnuss- und Kakao-Schokoladen in 100g- und 50g- Packung, sowie Kistchen in 200g- Packung.
Schokoladen-Fabrik, Berlin O 34, Thierstraße 5.
Dringend gesucht
Kupfer 13.00, Messing 5.00
Blei / Zink / Eisen
Badstraße 34 (i. Hof)

Briefmarken
kauft Großmann, Johannsstr. 4.
Zugang u. b. Friedrichstr. (Nr. 100) Norden 186 21

Stoffe
für Herren-Kleidung, Hüte, Balletts, Damenschuhe,
Meter 50.-, 100.-, 150.-, 200.- Mark.
Für langjährige Verbindungen mit altbewährten
Fabrikanten bürge für preiswerte, gute Qualitäten.
Koch & Seeland
G. m. b. H.
Geogr. 1502, Gertraudenstr. 20-21, Geogr. 1502

Billig! Billig!
Hüte, Mäntel,
Hüfen, Kleider
verkauft
Girelow, Fieschewstr. 21

Wanderkarten
für alle Gegenden
erhält man in der
Buchhandlung „Freiheit“
Breite Straße 8-9

Neue verbesserte Auflage!
Im Monat April müssen alle Einkommensempfänger über 10000 Mark ihre Steuererklärung abgeben. Ein unentbehrlicher Ratgeber hierfür, insbesondere für die Lohn- und Gehaltsempfänger und für Gewerbetreibende, ist die Schrift:
Das
Reichseinkommensteuergesetz
Mit Einleitung und Erläuterungen von Eugen Prager
56 Seiten Preis 4.- Mark
Die knappe, übersichtliche und allgemeinverständliche Darstellung wird jedem Steuerpflichtigen reifliche Aufklärung über die wichtigsten Steuerfragen verschaffen, wie die Abzüge vom Einkommen, den steuerfreien Teil des Einkommens, die Veranschlagung besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse, den Steuerabzug usw.
In einem Nachttrag sind die durch die Novelle zum Reichseinkommensteuergesetz vom 19. März 1921 vom Reichstage beschlossenen Änderungen klar und übersichtlich dargestellt, so daß die Schrift alle für die jetzt vorzunehmende Veranlagung notwendigen Angaben enthält.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2, Breite Straße 8-9
Auch durch alle Filialen der „Freiheit“

Genossen werbt für die „Freiheit“!

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85
Geschäftst. von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telefon: Amt Norden 185, 1239, 1967, 9714.

Achtung! Klempner! Achtung!
Mittwoch, den 27. April 1921, abends 6 Uhr
Allgemeine Branchenversammlung
der Klempner, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen
in der Schultheiß-Feßtkon, Neue Jakobstr. 24/25
(Ecke Schindler)

Achtung! Klempner! Achtung!
Mittwoch, den 27. April 1921, abends 6 Uhr
Branchen-Versammlung
der Graveure und Ziseleure
im Märkischen Hof, Köpenickerstr. 18 a.

Achtung! Klempner! Achtung!
Mittwoch, den 27. April 1921, abends 6 Uhr
Branchen-Versammlung
der Graveure und Ziseleure
im Märkischen Hof, Köpenickerstr. 18 a.

Achtung! Klempner! Achtung!
Mittwoch, den 27. April 1921, abends 6 Uhr
Branchen-Versammlung
der Graveure und Ziseleure
im Märkischen Hof, Köpenickerstr. 18 a.

Achtung! Klempner! Achtung!
Mittwoch, den 27. April 1921, abends 6 Uhr
Branchen-Versammlung
der Graveure und Ziseleure
im Märkischen Hof, Köpenickerstr. 18 a.

Achtung! Klempner! Achtung!
Mittwoch, den 27. April 1921, abends 6 Uhr
Branchen-Versammlung
der Graveure und Ziseleure
im Märkischen Hof, Köpenickerstr. 18 a.

Achtung! Klempner! Achtung!
Mittwoch, den 27. April 1921, abends 6 Uhr
Branchen-Versammlung
der Graveure und Ziseleure
im Märkischen Hof, Köpenickerstr. 18 a.

Achtung! Klempner! Achtung!
Mittwoch, den 27. April 1921, abends 6 Uhr
Branchen-Versammlung
der Graveure und Ziseleure
im Märkischen Hof, Köpenickerstr. 18 a.

Achtung! Klempner! Achtung!
Mittwoch, den 27. April 1921, abends 6 Uhr
Branchen-Versammlung
der Graveure und Ziseleure
im Märkischen Hof, Köpenickerstr. 18 a.

Achtung! Klempner! Achtung!
Mittwoch, den 27. April 1921, abends 6 Uhr
Branchen-Versammlung
der Graveure und Ziseleure
im Märkischen Hof, Köpenickerstr. 18 a.